

**N I E D E R S C H R I F T**

**zur 39.Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016**

**am Donnerstag, den 28.01.2016.**

**Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr**

**Sitzungsende: 22:20 Uhr**

**Anwesend:**

**CDU-Fraktion**

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Matthias Happel, Manfred Möller, Hilmar Stahl

**SPD-Fraktion**

Kurt Barth (Vorsitzender), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen, Jürgen Rabenau

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Frank Nowak

**FDP-Fraktion**

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender)

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Winfried Laucht (Fraktionsvorsitzender), Helle Grün, Martina Klein, Erika Zeman

**Entschuldigt:**

**Von der CDU-Fraktion**

Konrad Ammenhäuser, Christian Dittrich, Rainer Pfeffer

**SPD-Fraktion**

Rolf Hintermeier

**Vom Gemeindevorstand anwesend:**

Bürgermeister Peter Eidam, Andreas Tauche, Helmut Wenz, Reinhard Karber, Frank Dieffenbach (ab 20:15 Uhr), Reiner Sauer

**Entschuldigt:**

Elisabeth Wege, Helge Fuhr, Thomas Nuhn (l. Beigeordneter), Alexander Steiß

**Schriftführerin:**

Rita Rohrbach

**Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Mitteilungen des Bürgermeisters;  
Bericht aus dem Gemeindevorstand**

3. **Bericht aus der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz vom 19.01.2016 zur Vorstellung des Entwurfes für die Ortsdurchfahrt Niederweimar im Zuge der Deckenerneuerung**  
41/35/2015/11-16
4. **Haushaltssatzung 2016 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und Haushaltssicherungskonzept**  
20/13/2015/11-16
5. **Antrag der SPD-Fraktion vom 13.01.2016 zur Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die dringend notwendige Sanierung des Bürgerhauses in Wenkbach**  
20/14/2015/11-16
6. **Information zur Mittelverwendung aus dem Kommunalen Investitionsprogramm (KIP)**  
20/12/2015/11-16
7. **Anfragen**
8. **Verschiedenes**

#### **Tagesordnung:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Eidam, die Schriftführerin sowie die Gäste und den Vertreter der Oberhessischen Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 19 anwesend, sodass das Gremium beschlussfähig sei. Er gratulierte im Namen der Gemeindevertretung folgenden Mandatsträgern nachträglich zum Geburtstag und wünschte alles Gute: Andreas Kaletsch, Dr. Christian Dittrich, Helmut Paulsen, Matthias Happel und Elisabeth Wege.
2. **Mitteilungen des Bürgermeisters;  
Bericht aus dem Gemeindevorstand**
  1. Beschluss über die Aufstellung der gemeindlichen Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2013 und 2014.
  2. Beschluss, folgende Aufträge zu erteilen (Umbau Wohnhaus Niederwalgern, Schulstraße 12):
    1. Fensterarbeiten, Fa. Wege
    2. Mauer, Abbruch- und Entsorgungsarbeiten, Fa. Mecke
    3. Heizung und Sanitär, Fa. Krieb
    4. Einbau von Laminatboden, Fa. Gade
    5. Fliesenarbeiten, Fa. Schnell
    6. Maler- u. Tapezierarbeiten, Fa. Schmidt
    7. Einbau einer Akustikdecke, Fa. Back
    8. Elektro- und Beleuchtungsarbeiten, Fa. DHZ
  3. Beschluss, im Rahmen der Zwangsversteigerung am 20.11.2015 von landwirtschaftlichen Flächen in der Gemarkung Kehna entsprechende Kaufangebote bis zu einem festgelegten Betrag abzugeben. Dieser Betrag

entspricht dem Wert der zu erwerbenden Ackerfläche im Gewerbegebiet Wenkbach, Flur 2, Flurstück 160/1 (Tauschland)

4. Beschluss, eine Teilfläche aus den Flurstücken 166 und 176 in der Flur 3, Gemarkung Oberweimar in der Größe von ca. 55 m<sup>2</sup> zu veräußern. Die mit der Veräußerung verbundenen Kosten sind von dem/der Erwerber/in zu übernehmen.
5. Beschluss, den Auftrag für die Erschließung des Gewerbegebietes Rinzzell in Wolfshausen an den günstigsten Bieter, die Fa. Leinberger aus Büdingen, zu vergeben.
6. Beschluss, dem vorliegenden Bauantrag zur Errichtung eines Wohnhauses mit einem flach geneigten Dach auf dem Grundstück im OT Weiershausen, zuzustimmen.
7. Beschluss, das Büro CCE Consult, Hünfeld, mit Modul III der Organisationsuntersuchung zu beauftragen
8. Beschluss, den Auftrag für die Kanalsanierung in geschlossener Bauweise (Niederweimar) an die Fa. Umwelttechnik & Wasserbau GmbH, zu vergeben.
9. Beschluss, den Auftrag für Linoleumarbeiten (Wohnhausumbau Schulstr. 12, OT Niederwalgern) an die Fa. Schertler und den Auftrag über den Einbau von Innentüren inkl. Fingerklemmschutz an die Fa. Jörg Wege zu erteilen.
10. Der Gemeindevorstand fasst gemäß § 5 Abs. 2 i. V. m. § 5 Abs. 3 der Satzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder folgenden Beschluss:
  1. Die kommunalen Kindertagesstätten der Gemeinde Weimar (Lahn) werden in den Sommerferien 2016 im Zeitraum vom 08.08.2016 bis 26.08.2016 geschlossen.
  2. Die kommunalen Kindertagesstätten der Gemeinde Weimar (Lahn) werden zur Durchführung des jährlichen Betriebsausfluges der Bediensteten der Gemeinde an einem näher noch festzulegenden Freitag im Mai, Juni oder Juli für einen Tag geschlossen.
  3. Die Kindertagesstätte Roth wird zusätzlich am 04. und 05.04.2016 (Teamfortbildung/ Konzeption) sowie am Freitag, den 27.05.2016 (Brückentag) jeweils ganztägig geschlossen.
  4. Die Kindertagesstätte Niederwalgern wird zusätzlich am 18. und 19.04.2016 (Teamfortbildung/ Konzeption), sowie am Freitag, den 06.05.2016 (Brückentag) und am Freitag, den 24.06.2016 (Übernachtung mit Schulanfängern) jeweils ganztägig geschlossen.
  5. Die Kindertagesstätte Oberweimar wird zusätzlich am Freitag, den 27.05.2016 (Brückentag) sowie am 06.05.2016 und 20.06.2016 (Teamfortbildung/Konzeption) jeweils ganztägig geschlossen.
11. Beschluss, die Busbeförderung für die Kindergartenkinder ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung für eine Übergangszeit bis Sommer 2016 mit maximal zwei Fahrten pro Tag entsprechend des bisherigen Fahrplans (morgens und mittags) weiter anzubieten.
12. Beschluss, die arbeitsmedizinische Betreuung durch die Fa. SiFa GmbH einvernehmlich mit Ablauf des 31.12.2015 zu beenden.  
Ab dem 01.01.2016 wird die Fa. BAD Gesundheitsvorsorge und

Sicherheitstechnik GmbH, Wiesbaden, mit der arbeitsmedizinischen Betreuung der Gemeinde beauftragt. Die jährliche Betreuungszeit (Grundbetreuung) beträgt ca. 12 Stunden.

13. Beschluss den Auftrag über die Abbruch- und Entsorgungsarbeiten sowie Mauer-, Beton-, Klinker- und Verputzarbeiten am Feuerwehrgerätehaus Roth an Fa. Mecke zu erteilen. Der Betrag ist überplanmäßig zu beschließen.
14. Beschluss, der Befreiung vom Bebauungsplan Nr. 1 im OT Wolfshausen, Hauptstraße 19, zuzustimmen.
15. Beschluss, der Errichtung einer Werbeanlage im OT Niederweimar, Haddamshäuser Weg 5, zuzustimmen.
16. Beschluss, dem Befreiungsantrag im OT Wolfshausen, Tiergartenstraße 7, zuzustimmen.
17. Beschluss, die Errichtung einer Sichtschutzwand im OT Wenkbach, Marburger Straße 10, abzulehnen.
18. Beschluss, den Auftrag über die anfallenden Maurerarbeiten (Wohnhausumbau Schulstr. 12, OT Niederwalgern) an Fa. Mecke zu erteilen.
19. Beschluss, den Entwurf zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 mit den Bestandteilen des Haushaltsplans (Gesamthaushalt, Teilhaushalte, Stellenplan, Investitionsprogramm) sowie den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes festzustellen und zur weiteren Beratung und Beschlussfassung der Gemeindevertretung vorzulegen.
20. Zu dem aktuellen Stand der Notunterbringung von Flüchtlingen gab Bürgermeister Eidam ein Schreiben der Landrätin, Frau Fründt, der Hessischen Staatskanzlei und des Bürgermeisters der Stadt Mühlheim am Main, welches die Gemeinde über den HSGB erreiche, bekannt. Von Seiten der Landrätin sei am 15.12.2015 mitgeteilt worden, dass in 2015 voraussichtlich keine weiteren Notunterkünfte in Hessen mehr in Betrieb genommen werden. Allerdings sei für den Januar eine schnelle Betriebsbereitschaft zu gewährleisten. Das Schreiben der Hessischen Staatskanzlei enthielt Informationen, dass das Land kurzfristig Notunterkünfte in Turn- und Sporthallen auflöse und die Flüchtlinge bis Ende Januar 2016 in Landeseinrichtungen verlegen wolle. Es wurde angeboten, dass das Land die durch die unteren Katastrophenschutzbehörden in gewerblichen Liegenschaften eingerichteten und betriebenen Notunterkünfte übernehme und in Erstaufnahmeeinrichtungen und Außenstellen überführe. Das Land bot weiter an, die durch die unteren Katastrophenschutzbehörden in Erwartung eines Einsatzbefehls bereits vorbereiteten bzw. noch in der Vorbereitung befindlichen gewerblichen Liegenschaften, für die bereits seitens des Hessischen Finanzministeriums genehmigte und abgeschlossene Mietverträge vorlägen, zu übernehmen. Wegen der Volatilität der Flüchtlingsströme könne eine erneute, allerdings nicht absehbare, Notwendigkeit von Einsatzbefehlen nach dem Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz nicht ausgeschlossen werden. Es wurde darum gebeten, durch eine vorausschauende Planung dafür Sorge zu tragen, dass bei Bedarf geeignete Liegenschaften genutzt werden können.

Das Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Mühlheim am Main war an die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel, gerichtet mit der Forderung, Städte- und Gemeinden durch finanzielle Mittel in die Lage zu versetzen, organisatorisch und finanziell die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge bewerkstelligen zu können.

21. Bürgermeister Eidam teilte mit, dass es im Zusammenhang mit dem neuen Ratsinformationssystem noch Umsetzungsprobleme gebe. Der Softwaredienstleister sei informiert und werde sich darum kümmern. Eventuell könne bereits bei der nächsten geplanten Sitzung Anfang März ein Testlauf vorgenommen werden.
22. Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) nahm Bezug auf die Mitteilung des Bürgermeisters, dass die Beförderung der Kindergartenkinder aufgrund eines Beschlusses des Gemeindevorstandes bis zum Ende des Kindergartenjahres fortgesetzt werde, was seine Fraktion freue. Er wolle wissen, welche Begründung es dafür gebe. Bürgermeister Eidam antwortete, dass dem Gemeindevorstand einige Anträge betroffener Eltern vorlägen. Der Gemeindevorstand habe daraufhin ohne Anerkennung eines Rechtsanspruches eine Verlängerung des Zeitraumes der Beförderung bis zum Ende des Kindergartenjahres beschlossen, um den Eltern die Möglichkeit zu geben, sich für das Kindergartenjahr 2016/2017 entsprechend auszurichten.

### **3. Bericht aus der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz vom 19.01.2016 zur Vorstellung des Entwurfes für die Ortsdurchfahrt Niederweimar im Zuge der Deckenerneuerung**

Drucksache: 41/35/2015/11-16

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Matthias Happel, berichtete von der Informationsveranstaltung am 19.01.2016. Das planende Ingenieurbüro Kolmer & Fischer habe den Planungsentwurf für die Erneuerung der Ortsdurchfahrt Niederweimar vorgestellt.

Zu der Baugebietserweiterung „Roter Weg II“ habe Bürgermeister Eidam mitgeteilt, dass die Verwaltung noch im laufenden Verfahren mit dem Regierungspräsidium sei.

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) sprach die Anlieger- bzw. Informationsveranstaltung im Bürgerhaus Niederweimar an, in der besprochen worden sei, dass bereits am 01.02.2016 mit der Maßnahme begonnen werden solle. Er fürchte, dass einige Forderungen und Vorschläge, auch der anliegenden Gewerbebetrieben zur Erreichbarkeit ihrer Liegenschaften, und die Forderung seiner Fraktion zum Thema „Radweg“ nicht berücksichtigt werde.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass vorgesehen sei, zum 01.02.2016 lediglich mit der Kanalsanierung im Inliner-Verfahren zu beginnen, was bedeute, dass oberirdisch zunächst noch keine Veränderungen vorgenommen werden, sodass auch die Einlassungen von Herrn Laucht (Fraktionsvorsitzender FBW), der auf den Wunsch der Anlieger einer Temporeduzierung und Verringerung der Anzahl der durchfahrenden Fahrzeuge in weiteren Gesprächsrunden aufgegriffen und diskutiert werden könne. Das gelte auch für eine eventuell angedachte, weitere Querungshilfe zur Schule und die beiden Lichtzeichenanlagen, wobei der Verbleib der Lichtzeichenanlage bei der Apotheke nicht zur Diskussion stehe. Herr Laucht erklärte, dass er von dem planenden Ingenieurbüro eine

Alternativplanung fordere, da er vorgesehene Kosten in Höhe von 300.000,00 € für ein Weglänge von 500 Metern (Einmündung Huteweg bis Ortsausgang Richtung Oberweimar) für völlig überzogen halte. Diese Forderung wurde von Herrn Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) unterstützt. Diese Alternativplanung solle im zuständigen Ausschuss beraten werden.

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) schlug vor, zur besseren Information der interessierten Anwohner der Herborner Straße diesen jeweils eine Planskizze zur Verfügung zu stellen.

#### **4. Haushaltssatzung 2016 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und Haushaltssicherungskonzept**

Drucksache: 20/13/2015/11-16

Bürgermeister Eidam führte aus, dass die Vorlage des Entwurf des Haushaltsplans ca. einen Monat später als im vergangenen Jahr erfolge, da insbesondere Möglichkeiten aus dem Zielvereinbarungsprozess, der von einer Fachfirma begleitet werde, eingearbeitet werden sollten.

Bevor er zu den Einzelheiten des Haushaltes komme, so Herr Eidam, wolle er noch kurz einige Rahmenbedingungen erläutern, die die Gemeinde und die Verwaltung bewege.

Hauptaspekt sei die Flüchtlingsthematik, die auch die kommunalen Bereiche, die tägliche Verwaltungsarbeit beeinflusse. Grundsätzlich befinde man sich in einem guten konjunkturellen Klima, begleitet von Unternehmensgewinnen und der Schaffung von Arbeitsplätzen, verbunden mit dem niedrigen Zinsniveau.

Dennoch gebe es Unzufriedenheiten in der Europäischen Gemeinschaft, was Stagnation statt Fortentwicklung zur Folge habe. Er hoffe, dass die EU sich nicht aufgrund der großen Herausforderung, die die Flüchtlingspolitik mit sich bringe, entzweie. Denn es schätze auch die deutsche Wirtschaft die derzeitige Flüchtlingspolitik als Gefährdungspotential ein.

Dennoch erhielten die Kommunen Nachrichten aus dem Bundesfinanzministerium über steigende Steuereinnahmen auf der Grundlage einer nach wie vor prosperierenden wirtschaftlichen Situation. Das seien zwar grundlegende Fakten, die zur Entlastung der öffentlichen Haushalte führen, festzustellen bleibe jedoch, dass diese steigenden Steuereinnahmen ungleich verteilt seien, sodass der Haushaltsausgleich weiterhin für die meisten Kommunen eine schwierige Aufgabe darstelle.

Auch die Gemeinde Weimar könne für 2016 insgesamt steigende Steuereinnahmen konstatieren. Dies stelle einen wichtigen Konsolidierungsbeitrag für den Haushalt 2016 dar. Ein weiterer Konsolidierungsbeitrag stelle der nunmehr auf 0,05 % gesunkene Leitzins der EZB dar, was dazu genutzt werden konnte, um auf der Grundlage der Beschlussfassung des Gemeindevorstandes in 2015 Kapital auf einem historisch niedrigen Zinsniveau am Kreditmarkt aufzunehmen.

Dies dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Haushaltsdefizite und die damit verbundenen Kassenkredite Belastungen für künftige Generationen darstellen.

Auch stelle der kommunale Finanzausgleich im Rahmen der Gesamtkonsolidierung ein wichtiges Thema dar. Der Staatsgerichtshof habe das Land Hessen im Mai 2013 verpflichtet, den kommunalen Finanzausgleich neu zu ordnen und am Bedarf der Kommunen auszurichten. Diese Neuordnung wurde im Oktober 2015 abgeschlossen. Es sei jedoch abzusehen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel um etwa 1 Milliarde Euro zu knapp bemessen seien,

was wiederum eine Belastung der kommunalen Haushalte insgesamt darstellen werde. So werde auch die Gemeinde Weimar vergeblich auf eine ausreichende Unterstützung aus dem Landeshaushalt hoffen.

Die Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich hätten sich für die Gemeinde Weimar für 2016 zwar um 352.330,00 € erhöht, dies liege jedoch nicht an der Neuordnung des Systems alleine, sondern auch an den wachsenden Einwohnerzahlen der Gemeinde und dem damit verbundenen Zuwachs des gesamten Steuereinkommens. Parallel dazu wurde die Höhe der Kreis- und Schulumlage des Landkreises Marburg-Biedenkopf von 57 auf 53,1 gesenkt. Das sei jedoch kein Grund für überschwängliche Freude. Man habe zwar die prozentualen Ansätze reduziert, jedoch habe das Land die Bemessungsgrundlage für das Umlagesystem deutlich erhöht. Das bedeute für die Gemeinde Weimar keine Senkung der Kreis- und Schulumlage um 3,9 % der Vorjahresansätze sondern eine Erhöhung um genau 308.892,00 €. Und damit würden die erhöhten KFA-Mittel für 2016 fast komplett egalisiert und die Gemeinde sei hier ohne jeglichen Steuerungseinfluss.

Sodann ging Bürgermeister Eidam auf die Daten des vorliegenden Haushaltsentwurfes 2016 ein.

Seit 2011 sei das Konsolidierungsziel, das jährliche Defizit zu reduzieren gelungen. Mit dem Haushalt 2016 und der Anhebung der realen Steuer- und Hebesätze habe das Defizit gegenüber dem Jahr 2015 nochmals gesenkt werden können. Im Haushaltsjahr 2011 habe noch ein Defizit von 1,1 Millionen Euro zu Buche gestanden, welches in den letzten Jahren kontinuierlich vermindert und im Haushaltsplan 2015 auf 0,3 Millionen Euro gesenkt werden konnte. So habe man im Haushaltsplan 2015 in der mittelfristigen Ergebnisplanung für 2016 einen Überschuss von 31.600,00 € geplant. Höchste Priorisierung bei den Haushaltsvorbereitungen 2016 war, keine weiteren Anhebungen der Steuersätze durchführen zu müssen. Erst im Rahmen des Haushaltsansatzes seien notwendigerweise die Grundsteuerhebesätze auf 420 % festgesetzt worden. Für den Haushalt 2016 sei dies einzuhalten gewesen und es konnte auf eine weitere Anpassung dieser Sätze verzichtet werden.

Bei einem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von 11.348.912,00 € und einem Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von 11.370.940,00 € stelle sich das ordentliche Ergebnis mit 22.028,00 € nunmehr positiv dar. Damit habe man erstmals seit Einführung des doppischen Haushalts den Haushaltsausgleich erreicht.

Durch außerordentliche Erträge für das Haushaltsjahr 2016 ergebe sich ein positives Gesamtergebnis in Höhe von 314.028,00 €

Natürlich sei das kein Grund, um in Jubelschreie auszubrechen, aber es sei ein erfolgreiches Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen. Die Gebührenhaushalte „Abwasser“ sowie „Abfallentsorgung“ stellen sich ausgeglichen dar, so Bürgermeister Eidam. Im Friedhofs- und Bestattungswesen liege der Deckungsgrad bei ca. 85 %.

Es könne nicht damit gerechnet werden, dass das Land Hessen der Gemeinde eine finanzielle Unterstützung beim Defizitabbau zukommen lasse. Vor diesem Hintergrund sei der Weg der Konsolidierung durch entsprechende Einnahmeverbesserung und die weitere Ausschöpfung noch bestehender, letzter Einsparpotentiale alternativlos. Bestreben müsse sein, weiterhin die Attraktivität und Infrastruktur zu erhalten.

Um die finanzielle Situation der Gemeinde langfristig und nachhaltig zu sichern und die Attraktivität zu erhalten, sehe er es unabdingbar, die weiterhin zu

forcierende Ansiedlung von Gewerbe und die Ausweisung von neuen Wohnflächen, mit dem Ziel, langfristig und nachhaltig den Einkommensteueranteil und darüber hinaus das Gewerbesteueraufkommen zu halten bzw. auszubauen.

Die Gemeinde habe ein außerordentlich gutes soziales Umfeld, hervorragende Arbeit von Gruppen und Vereinen und mit dem kulturellen Angebot gute Standortfaktoren. Ein echtes Alleinstellungsmerkmal der Gemeinde im regionalen Umfeld des Landkreises sei jedoch die Infrastruktur sowie die Mobilitätsbedingungen. Diese, so seine Meinung, führen zu einer echten Attraktivität des Wohnstandortes Weimar. Und um diesem Bedarf gerecht zu werden, sei es erforderlich, die entsprechenden Wohnbauflächen zu generieren. Dies sei in den letzten Jahren erfolgreich gelungen und derzeit stünden keine Wohngrundstücke mehr zur Verfügung, so Bürgermeister Eidam. Die Gemeinde möchte an dieser Stelle für die Zukunft selbstverständlich viel mehr tun. Die Schaffung neuer Bauplätze in den Ortsteilen, werde aber durch nicht ausreichend ausgewiesene Wohnbauflächen im Regionalplan ausgebremst. Die Gemeinde müsse hier bei der Aufstellung des nächsten Regionalplanes entsprechende Weichenstellungen vornehmen.

Die Gemeinde Weimar habe zum 31.12.2015 7.486 Einwohner registriert und damit im vergangenen Jahr 74 Einwohner hinzugewinnen können. Derzeit sei nicht geplant, eine Erhöhung der Grundsteuer vorzunehmen. Dies solle, so lange es gehe, vermieden werden. Dieses Ziel könne man jedoch nur erreichen, wenn es gelinge, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den jüngeren erwerbstätigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und den Senioren zu schaffen. Denn alle gemeinsam bilden die Gemeinschaft in der Gemeinde, die nur funktionieren könne, wenn sie sich in einem ausgewogenen Verhältnis entwickle und die Gemeinde sich weiterhin erfolgreich gegen den demographischen Wandel bei gleichzeitiger Wertschätzung aller Generationen stemme.

Das Engagement „Älter werden in Weimar“ unterstütze diesen Gedanken erfolgreich. Für 2016 wünsche man sich die weitere Bereitschaft, sich als Bürgerhelfer ausbilden zu lassen. Die qualifizierte Kinder- und Jugendbetreuung der Gemeinde sei vorbildlich und weit über die kommunale Grenze hinaus bekannt. Dieses Eigeninteresse der Gemeinde werde begleitet vom Interesse und dem Drängen der hessischen Landesregierung, den gemeindlichen Haushalt weiter zu konsolidieren. Dies finde Ausdruck in entsprechenden ministeriellen Erlassen, die deutlich machen, dass dieser Druck von Seiten des Landes aufrechterhalten werde.

Die Gemeinde könne es jedoch nicht hinnehmen, nur einem einseitigen Spardiktat unterworfen zu werden, wobei sich das Land auf der anderen Seite selbst aus der bestehenden Verantwortung entlasse.

So sei insbesondere der Bildungsauftrag unserer Kindertagesstätten unumstritten und führe in anderen Bundesländern bereits dazu, dass diese sich wesentlich stärker an den Kosten der Kinderbetreuung beteiligen als dies das Land Hessen tue. Denn käme das Land Hessen vollumfänglich, durch Übernahme der Betreuungskosten, dieser Verantwortung nach, so wäre der komplette Haushaltsausgleich in drei bis vier Jahren erreicht und die Gemeinde schuldenfrei. Neben den Kinderbetreuungskosten stehe sich das Land auch bei anderen Positionen, die für die Gemeinde mit erheblichem finanziellem Aufwand verbunden seien, aus der Verantwortung. So sei, wie er bereits erwähnt habe, ein bedarfsgerechter kommunaler Finanzausgleich noch immer nicht in greifbarer Nähe.

Die Gemeinde Weimar leiste mit großer Unterstützung aus der Bürgerschaft in



einem ehrenamtlichen Netzwerk hervorragende Arbeit in der Flüchtlingsbetreuung. Jedoch erwarte man von dem Land Hessen einen entsprechenden Kostenausgleich, so wie in anderen Bundesländern. Ein erster Ansatz dazu finde sich in diesem Haushaltsentwurf.

Ein berechtigtes Thema in den Sitzungen der Gemeindevertretung sei mehrfach die Aufarbeitung der Rückstände in Bezug auf die Erstellung der Jahresabschlüsse aus der Vergangenheit gewesen. Hier sei die Verwaltung einen großen Schritt weiter. Die Jahresabschlüsse 2009 – 2011 seien erstellt und wurden in 2015 von der Aufsichtsbehörde geprüft. Die Jahresabschlüsse 2012 – 2014 seien aufgestellt. Die Prüfung durch die Revision sei beantragt worden. Die Gemeinde befinde sich, so Bürgermeister Eidam, sukzessiv auf dem Weg einer Verbesserung der Haushaltsergebnisse und werde alle Anstrengungen unternehmen, auch in den nächsten Jahren den Haushaltsausgleich zu erreichen. Bis dies so weit sei seien zusätzlich aufgelaufene Verbindlichkeiten abzubauen. Es sei erforderlich, mit einem aktiven Zins- und Schuldenmanagement der Belastung durch die Kassenkredite entgegenzuwirken.

Vorher sei es notwendig, mögliche strukturelle Veränderungen des Haushalts zu realisieren. So habe man in den letzten Monaten des Jahres 2015 eine umfassende Haushaltsanalyse mit Hilfe eines Büros und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung durchgeführt. Es seien alle Produktkonten mit dem beabsichtigten Ansatz 2016 in Workshops betrachtet und den entsprechenden Aufgabenstellungen gegenübergestellt worden.

Im Vorfeld habe man gemeinsam mit Gremienvertretern aus Gemeindevorstand und Gemeindevertretung und der Verwaltung ein gemeinsames Bild für die Entwicklung der Kommune formuliert. Im Mittelpunkt habe dabei die nachhaltige Entwicklung der Gemeinschaft mit ihrer Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit gestanden.

Die vollständige Ergebniserstellung könne aber erst im Haushalt 2017 erfolgen. In Ergänzung dazu sei bereits beschlossen worden, eine Bürgerbeteiligung anzubieten. Insoweit sollen in diesem Jahr Themenschwerpunkte mit einem noch zu konstituierenden Bürgerbeirat diskutiert werden.

Bezüglich des **Finanzhaushaltes** ergebe sich für 2016 ein Finanzmittelfehlbedarf von 125.412,00 €. Es sei eine Darlehensaufnahme von 273.000,00 € vorgesehen und ein Abbau von 472.500,00 €. Damit entstehe keine Netto-Neuverschuldung und es werde ein weiterer Schuldenabbau von 199.500,00 € zu Buche stehen. Der Schuldenstatus zum 31.12.2010 betrug 4,5 Millionen Euro und zum 31.12.2015 3,7 Millionen Euro, was bedeute, dass Schulden in Höhe von 800.000,00 € abgebaut werden konnten. In der Schuldenstatistik des Landkreises belegte die Gemeinde zum 31.12.2014 mit 773,00 € pro Einwohner den viert niedrigsten Schuldenstand. Der höchste Schuldenstand pro Einwohner im Landkreis bemesse sich auf 5.181,00 €.

Die Kassenkredite hätten zum Ende des Jahres 2015 einen Stand von 1,75 Millionen Euro. In der Haushaltssatzung sei ein maximales Kassenkreditvolumen von 4 Millionen Euro verankert, wodurch die Gemeinde in die Lage versetzt werde, Zahlungen rechtzeitig zu leisten.

Aufgrund des vernünftigen Wirtschaftens sei der derzeitige Kontokorrentrahmen lediglich zu 50 % ausgeschöpft. Von der Kommunalaufsicht werde empfohlen, den Kassenkredit weiter zu vermindern, um die pro-Kopf-Verschuldung gegenüber dem Regierungspräsidium besser darzustellen. Dies würde die Gemeinde jedoch ohne Not einschränken und nur zur Schönung einer Statistik

beitragen. Die Sicherstellung der Liquidität habe oberstes Gebot, daher halte er eine Verminderung des Ansatzes derzeit für nicht geboten. Insbesondere im Hinblick darauf, dass in 2016 Maßnahmen wie die Ortsdurchfahrt Niederweimar, die Zeiteninsel oder der Bau eines Verkehrskreisels vor Niederwalgern etc. der Gemeinde finanzielle Vorleistungen aufbürden könnten.

(Die Gemeinde werde sich grundsätzlich bemühen, weiter einen definierten Betrag der Schulden jährlich abzubauen. Es sei jedoch schwierig, Beträge darüber hinaus verlässlich vorherzusagen, denn es bestehe eine erhebliche Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Lage nicht nur in der Bundesrepublik sondern in Europa und der Welt).

Es bestehe für die Gemeinde also weiterhin ein entsprechender Kassenkreditbedarf, um die laufenden Ausgaben zu decken, der jedoch erhebliche, nicht kalkulierbare Zinsrisiken in den nächsten Jahren mit sich bringen könne.

Hinsichtlich des **Stellenplanes** ergeben sich keine gravierenden Änderungen im Vergleich zum Vorjahr. Im Bereich der Beamtenstellen gab es keine Veränderungen, bei den beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gab es insbesondere im Bereich der Stellen des TVöD SuE aufgrund geänderter Tarifverträge maßgebliche Änderungen in den Eingruppierungen. Hierzu befinden sich in einem umfassenden Vermerk entsprechende Erläuterungen. Bei den Personalkosten seien Mehraufwendungen aufgrund der Tarifanpassung nach dem Streik im Kinderbetreuungsbereich in Höhe von 50.000,00 € im Vergleich zum Vorjahr notwendig. Weiterhin sei eine Tarifsteigerung von 5 % ab dem 01.03.2016 budgetiert. Damit stiegen die Personalkosten um 160.000,00 €. Derzeit werden einige befristete Stellen unterhalten, zugleich aber auch Stellen, die unbesetzt sind. Innerhalb des Stellenplanes würden in der Verwaltung einige Neuorganisationen notwendig, wobei es hilfreich wäre, ohne die Restriktionen der vorhandenen Stellenbesetzungssperre arbeiten zu können. Er spreche sich daher an dieser Stelle für eine Aufhebung der Stellenbesetzungssperre aus.

Er möchte noch einmal wesentliche Eckpunkte des vorliegenden Haushaltsplanes aufzeigen, so Bürgermeister Eidam:

- Die geplanten, investiven Auszahlungen, die im Jahr 2015 mit rund 530.800,00 € budgetiert waren, sollen im Jahr 2016 auf 1.321.000,00 € gesteigert werden.  
Die Grundsteuer B, im Jahr 2015 mit 420 % (2014 = 320 %) festgesetzt, soll, wie bereits avisiert, beibehalten werden.  
Die Gewerbesteuer bleibt bei einem Hebesatz von 380 %.

Hinsichtlich der geplanten Investitionen führte Bürgermeister Eidam weiter aus, dass die im **Finanzplan** vorgesehenen Investitionen, die als wesentliche Auszahlung über einen Betrag von 10.000,00 € eingeplant wurden, folgende seien:

- Maschinen und Geräte Bauhof: 35.000 € (Ersatzbeschaffung, Pritschenfahrzeug und Anschaffung eines gebrauchten Radladers)
- Zeiteninsel: 50.000 € (Auszahlung: 500.000 €, Einzahlung 450.000 €)
- Region Marburger Land: 12.500 € (Auszahlungen 25.000 €, Einzahlungen 12.500 €), über diesen Investitionsposten würden Projektierungen abgebildet, die mit einem Eigenanteil behaftet seien und ansonsten über EU Fördermittel finanziert würden. Für 2016 stünden die Projekte Multifunktionsplatz und Schutzhütte Wolfshausen zur Umsetzung an. Das Projekt sei im Regionalen

Entwicklungskonzept (REK) 2014 – 2020 als förderfähiges Projekt beinhaltet. An der Entwicklung des REK seien u. a. Bürgerinnen und Bürger aus Wolfshausen intensiv beteiligt gewesen. Die vorläufige Kostenschätzung des Projektes Multifunktionsplatz liege bei ca. 147.500,-- brutto, der Eigenanteil der Kommune bei ca. 37.200 € bei einer Förderquote von 70%. Die Antragstellung erfolge in 2016. Die weitere Projektierung stelle die Anlage von Kanustegen zur Verbesserung der touristischen Nutzung der Lahn von Marburg bis Weimar (Lahn), Ortsteil Roth dar, hier sei die Antragstellung bereits in 2015 erfolgt. Die Gemeindevertretung habe das Projekt bereits beschlossen. Gemäß vorliegender Kostenschätzung betrage der Eigenanteil 15.588,--€. Für beide Projekte könnten die Eigenanteile über vorhandene Haushaltsausgabereste finanziert werden.

- Grundhafter Straßenausbau des Falterweges, Allna: 24.500 € (Auszahlungen: 243.000 €, Einzahlungen: 218.500 €)
- Treppenanlage am Bahnhof Niederweimar: 5.000 € (Auszahlungen: 25.000 €, Einzahlungen: 20.000 €)
- Ortsdurchfahrt Niederweimar (Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Errichtung eines Kreisels an der Ortseinfahrt Herborner Straße/Altes Dorf/Haddamshäuser Weg, Erneuerung der Gehwegoberflächen): 185.000 €
- Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik: 75.000 € (ca. 200 Leuchten von insgesamt noch 400 umzustellenden Lampen; weitere 75.000 € seien in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2017 vorgesehen)
- Hochwasserschutzmaßnahmen (Planung, Bestandsaufnahme, Umsetzung von ersten Maßnahmen in Argenstein und Roth): 105.000 € (Auszahlungen 150.000 €, Zuschüsse 30% = 45.000 €).

Die allgemeine Investitionspauschale des Landes Hessen in Höhe von 45.000 € werde ab dem Haushaltsjahr 2016 nicht mehr gewährt, weitere Zuschüsse in Höhe von 190.000 € kämen aus dem Landesinvestitionsprogramm. Dieser Zuschuss solle vornehmlich bei der Finanzierung des Kreisels vor Niederwalgern Verwendung finden. Dieser Kreisel solle der Verbesserung der Erschließung des Gewerbegebietes dienen, sowie zu einer Entlastung von Zufahrtsstraßen im direkten Ortsteilbereich führen, die derzeit stark frequentiert sein, so Bürgermeister Eidam.

**Aufwendungen/Investitionsansätze für die Flüchtlingsunterbringung** fänden sich im derzeitigen Haushaltsentwurf nicht wieder. Bis vor kurzem habe die Gemeinde davon ausgehen müssen, dass die Einrichtung in Wenkbach/Niederwalgern zur Notunterbringung von bis zu 300 Flüchtlingen dienen sollte. Derzeit sei die Situation allerdings unklar. Nach Mitteilung des Landkreises könne man momentan nicht davon auszugehen, dass eine Belegung in den nächsten Wochen erfolge. In Hessen erfolge ein Rückbau der Notunterkünfte die in Wenkbach/Niederwalgern noch nicht mal belegt seien. Er könne insofern den verkündeten Zweckoptimismus des Landes nicht nachvollziehen. Es stünden doch unvermindert tausende Flüchtlinge an den europäischen Grenzen. Der Landkreis beabsichtige, für das Jahr 2016 mit der Gemeinde eine Zielvereinbarung zu treffen. Der Entwurf sehe vor, dass die Gemeinde Weimar unter Umständen weitere 150 – 170 Flüchtlinge aufzunehmen habe. Es würden also neuere Denkansätze notwendig bzw. eine Umwidmung oder Umqualifizierung der Einrichtung. Potenzielle Investitionen seien im

Bedarfsfall dann in einem Nachtrag zu regeln. Das Land Hessen prognostiziere immerhin für 2016 weitere 60.000 Flüchtlinge für unser Bundesland. Er sehe insgesamt die Aufgabe der Flüchtlingsbetreuung und die Aufnahme der Flüchtlinge in unserer Gemeinde als außerordentlich wichtig und richtig an. Von der Hessischen Landesregierung und der Bundesregierung wünsche er sich, dass von dort neben der selbstverständlich richtigen Darstellung der Problemfelder deutlich gemacht werde, dass es sich bei der Betreuung der Flüchtlinge um eine gemeinsame, nationale Aufgabe handle, der man sich gemeinschaftlich auch stellen müsse. Wichtig seien auch für die Kommune alle notwendigen Informationen. Die Gemeinde sei gerne bereit, Bund und Land nach Kräften zu unterstützen, erwarte jedoch für den kommunalen Integrationsaufwand einen entsprechenden finanziellen Ausgleich.

Redaktionell: Für die mittelfristige Finanzplanung ab dem Jahr 2017 wurden im vorliegenden Entwurf bei verschiedenen investiven Maßnahmen (z. B. Hochwasserschutz, Bürgerhäuser o. A.) teilweise noch keine Daten aufgenommen, da dies nach Ermittlung der Grundlagen und Kostenschätzungen im Jahr 2016 für die Folgejahre vorgesehen ist.

Aufgrund des aufgelaufenen Defizits bestehe auch für dieses Haushaltsjahr die gesetzliche Forderung, ein **Haushaltssicherungskonzept** zu erstellen und zu beschließen. In dem beigefügten Entwurf als Bestandteil des Haushaltsplans seien die Ursachen beschrieben und denkbare Konsolidierungsmaßnahmen aufgeführt. Die Anlage zum Haushaltssicherungskonzept erfolgte in vereinfachter, tabellarischer Form, die mit der Kommunalaufsicht abgestimmt wurde.

Neben den vorab genannten Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept wurde dies aus dem Maßnahmenkatalog der Vorjahre fortgeschrieben und aktualisiert. Das Haushaltssicherungskonzept für 2016 habe ein vergleichbar hohes Volumen von nominal 662.650,00 € (im Vorjahr 710.910,00 €).

Er wolle noch einmal auf die Kindertageseinrichtungen zurückkommen, so Bürgermeister Eidam:

Auf der Grundlage der steigenden Betreuungszahlen und der daraus resultierenden Schaffung neuer Einrichtungen und Gruppen habe die Gemeinde kontinuierlich erhöhte Aufwendungen. Der Bereich der Kinderbetreuung habe im Haushalt eine ganz wesentliche Position. Er möchte daher kurz die Entwicklung des Kinderbetreuungsangebotes darstellen, welches im Jahr 2015 durch die Streikphase mehr als sonst im Fokus der Kommune stand:

Im Jahr 2015 sei die neue U3-Kita in Niederweimar eröffnet worden. Das ehemalige Wohnhaus vor der Kita Niederwalgern konnte für Zwecke des Kindergartens Niederwalgern komplett umgebaut und Ende 2015 fertiggestellt werden. Die Gemeinde konnte hierfür eine Förderung von 24.500,00 € beanspruchen.

Die Kommune unterhalte weiterhin drei kommunale Kitas in Oberweimar, Roth und Niederwalgern und leiste den Kostenausgleich für die kirchliche Kita Niederweimar sowie für den Fliegenpilz e. V. Niederweimar. Der gesetzliche Kostenausgleich für Kinder aus unserer Gemeinde, die in anderen Kommunen untergebracht seien aufgrund der Wahlfreiheit der Eltern, sei ebenfalls unvermindert hoch.

Die Unterdeckung im Bereich Kita und Kleinkindbetreuung stelle sich derzeit mit 1.480.000,00 € im Jahr dar. Dies bei einer Finanzierung von nahezu einem Drittel der Gesamtkosten (26,14 %). Auf die Einwohner umgerechnet entfielen von den

Gesamtaufwendungen je Einwohner von 1.621,00 € rein rechnerisch auf jeden Einwohner 275,00 € für die Kinderbetreuung. Er betrachte das unmissverständlich als Investition in die Zukunft der Gemeinde. Dies habe man im Rahmen der Entwicklung des Zielsystems vorgegeben. Neuverordnungen und Gesetze, hier das neue KiföG, führten jedoch dazu, dass kommende Haushalte stetig und mit steigenden Aufwendungen belastet werden. In diesem Zusammenhang musste auch das Thema Kindergartenbeförderung in 2015 angepackt werden. Das sei nicht einfach, aber notwendig gewesen. Die Gemeinde könne auch durch das großzügige Modulsystem leider nicht Allen gerecht werden. Daher sei die umstrittene Änderung der Satzung notwendig gewesen.

Den Blick in die Zukunft gerichtet erklärte Bürgermeister Eidam, dass die Gemeinde Weimar langfristig und nachhaltig nur erfolgreich sein könne, wenn man erreichen könne, neben der Bestandssicherung über Zuzüge den Einkommenssteueranteil langfristig zu sichern und auszubauen. Dafür sei es erforderlich, auch weiterhin die notwendigen Wohnbauflächen zur Verfügung zu haben und sich deren Entwicklung zu widmen. Derzeit gelange die Gemeinde dabei an ihre Grenzen, da der gültige Regionalplan die von der Gemeinde benötigte weitere Ausweisung von Wohngebieten begrenze. Weiterhin müsse es gelingen, langfristig das Gewerbesteueraufkommen zu sichern und auszubauen. Einerseits durch die Begleitung sowie Unterstützung der Expansion der Bestandsunternehmen und andererseits durch die Etablierung weiterer Unternehmen. So habe man am Standort Wenkbach eine Firma platzieren können, die noch erweitern möchte. Dafür sei es notwendig, eine umfassende Logistik zu schaffen. Gleichzeitig steige jedoch die Belastung der Anwohner. Auch dies müsse man im Auge behalten und probate Entlastungsvorschläge generieren.

Im Dezember 2015 habe die Gemeinde für das gemeinsame Projekt „Zeiteninsel“ einen Förderbescheid in Höhe von 4,78 Millionen Euro erhalten. Dies sei ein herausragendes Ereignis für die Gemeinde und die gesamte Region, gleichzeitig aber auch eine große Herausforderung für die Kommune in der Zukunft. Weiterer Straßenausbau in Oberweimar und Allna sowie die Umsetzung der Ortsdurchfahrt Niederweimar stünden bevor. Auch die Schaffung von Unterkünften für Flüchtlinge sei zu thematisieren, allerdings gebe es hier zum weiteren Verfahren, wie bereits ausgeführt, wenig hinreichende Prognosen.

Voraussichtlich werde das Gelände des alten Kieswerks in Niederweimar in 2016 aus dem Bergrecht entlassen. Insoweit sei geplant, das Gelände des alten Werkes zu übernehmen. Im Planfeststellungsbeschluss sei die Rekultivierung des gesamten Gebietes definiert. Ein Großteil des Gebietes sei als Naturschutzgebiet ausgewiesen, die geplante Rettungszufahrt könne realisiert werden.

Mit der Gemeinde Fronhausen werde man versuchen, das Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ zu intensivieren. Im Januar hätten dazu bereits erste Gespräche geführt werden können.

Insbesondere habe man sich zum Ende des Jahres über den Förderbescheid in Höhe von 1,96 Millionen Euro für die Gesamtschule Niederwalgern gefreut. Dies sei ein wichtiges Signal für den Schulstandort unserer Gemeinde. Die umzusetzenden Maßnahmen würden zur neueren Attraktivität des Standortes beitragen, so Bürgermeister Eidam.

Es werde weiterhin gemeinsame Aufgabe sein, die demographische Entwicklung der Gemeinde ausgewogen und aktiv zu gestalten, die Infrastruktur als wesentliches Standbein zu erhalten und nachhaltig zu sichern. Nur so könne man auch in Zukunft ausgeglichene Haushalte erreichen und auch in Zukunft die Möglichkeiten unserer Gemeinde weiter entwickeln und voranbringen.

Er freue sich auf intensive Beratungen und Diskussionen in den folgenden Haushaltsberatungen.

Er dankte den Kolleginnen und Kollegen der Abteilung Finanzen und allen Kolleginnen und Kollegen für den konstruktiven Austausch, insbesondere dann, wenn nicht die gewünschten, aber für erforderlich gehaltenen Budgetmittel zur Verfügung gestellt werden konnten. Seinen Dank richte er an alle Fachbereiche der Kommune, von der Verwaltung über die Kindertagesstätten und den Bauhof, die sich an der Entwicklung des Zielsystems und der Haushaltsanalyse in vielen gemeinsamen Sitzungen beteiligt hätten. An die Ergebnisse der Workshops werde man anknüpfen, um diese nach Möglichkeit in die Haushaltsberatungen 2017 einarbeiten zu können.

Er bedanke sich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeindevorstandes für die intensive Beratung und die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Herr Laucht (Fraktionsvorsitzender FBW) stellte den Antrag, den Haushaltsentwurf zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 mit den Bestandteilen Gesamthaushalt, Teilhaushalte, Stellenplan und Investitionsprogramm zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

#### **5. Antrag der SPD-Fraktion vom 13.01.2016 zur Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die dringend notwendige Sanierung des Bürgerhauses in Wenkbach**

Drucksache: 20/14/2015/11-16

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge folgenden Beschluss fassen:

Zur unverzüglichen Erneuerung der Fenster sowie zur Sanierung von Teilen des Außenputzes des Bürgerhauses Wenkbach werden außerplanmäßige Ausgaben in Höhe der bisherigen verfügbaren Haushaltsreste von 12.000,00 € genehmigt.

Zur Begründung führte Herr Wenz aus, dass in der Sitzung der Gemeindevertretung am 26.11.2015 von der Verwaltung die Auskunft gegeben wurde, dass aufgrund einer aktuellen Anweisung der Revision des Landkreises die für diese Maßnahme (einschließlich der mittlerweile erfolgten Erneuerung der Heizungsanlage) bereits im Haushalt 2013 mit 9.500,00 € und im Haushalt 2014

mit 18.500,00 € veranschlagten Haushaltsmittel als Haushaltsreste nicht mehr zur Verfügung stehen. Diese Mittel müssten nach Ausführung der Gemeindeverwaltung als Unterhaltungsmaßnahmen im Ergebnishaushalt 2016 neu abgebildet werden. Bis zu einer entsprechenden Beschlussfassung und der verbindlichen Ausgabeermächtigung dürfen nach Einschätzung seiner Fraktion weitere zwei bis drei Monate bis zur Durchführung der Sanierung vergehen. Der aktuelle bauliche Zustand des Bürgerhauses lasse allerdings eine weiter andauernde Untätigkeit nicht zu. Mittlerweile hätten sich größere Teile des Außenputzes, insbesondere im Eingangsbereich, gelöst und drohten herabzufallen. Der Zustand einiger Fenster im Dachgeschoss lasse ein Herausfallen mit samt Rahmen befürchten. Diese Gefahrensituation für Nutzer und Unbeteiligte sei aus Sicht seiner Fraktion nicht länger hinnehmbar. Zur Garantenpflicht der Gemeinde in Sachen Gefahrenabwehr wolle man hier keine weiteren Ausführungen machen.

Als weiteren Punkt wolle er die aktuell noch vorhandene Bereitschaft der Dorfgemeinschaft, diese dringende Maßnahme zur Erhaltung der Bausubstanz durchzuführen, nicht unerwähnt lassen, sodass seine Fraktion den genannten Ansatz für ausreichend erachte.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass im aktuellen Haushaltsentwurf 2016 9.500,00 € für diese Maßnahme vorgesehen seien. Nach Diskussionsbeiträgen von Herrn Laucht, Herrn Kisslinger und Herrn Wenz, die die Notwendigkeit der Maßnahme unterstrichen, sollte tatsächlich zur Abwehr einer Gefahrensituation ein unverzügliches Handeln notwendig werden. Man einigte sich auf eine Veränderung des Beschlussvorschlages, auch im Hinblick darauf, dass es nicht möglich sei, außerplanmäßige Ausgaben für den bisher noch nicht genehmigten Haushalt 2016 zu beschließen.

#### **Beschluss:**

Zur unverzüglichen Erneuerung der Fenster sowie zur Sanierung von Teilen des Außenputzes des Bürgerhauses in Wenkbach werden im Vorgriff auf den Haushaltsbeschluss 2016 Mittel zur nötigen Gefahrenabwehr in Höhe von 12.000,00 € bereitgestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig

## **6. Information zur Mittelverwendung aus dem Kommunalen Investitionsprogramm (KIP)**

Drucksache: 20/12/2015/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, wies darauf hin, dass in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 26.11.2015 beschlossen wurde, bis zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung eine Prioritätenliste zu erstellen, um mögliche Förderprojekte als Investitionsmaßnahmen für den Haushalt 2016 vorsehen zu können.

Bürgermeister Eidam verwies auf die Ausführungen zu diesem Thema in seiner Rede zur Haushaltseinbringung und ergänzte hierzu, dass am 16.12.2015 Mittel in Höhe 191.000,00 € aus dem Kommunalinvestitionsprogramm beantragt wurden. Die Gemeinde habe einen Verwendungszweck hierzu nicht angeben müssen. Hinsichtlich der Verwendung der Mittel erklärte er, dass hauptsächlich die Planung und der Umbau der Zuwegung zu dem Gewerbegebiet Wenkbach vorgesehen seien. Als weiteres Projekt sei die Sanierung der Bahnhofstraße in

Wenkbach vorgesehen.

Die Förderrichtlinien besagen, so Bürgermeister Eidam, dass die Maßnahmen nicht in dem Haushaltsplan 2016 veranschlagt und die damit verbundenen Kreditaufnahmen bei der Bemessung der Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung weder berücksichtigt noch aufsichtsbehördlich genehmigt werden müssen.

Herr Kurt Barth (Vorsitzender) fragte nach, ob es für das Jahr 2016 weitere Fördermittel gebe. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an einen Zeitungsartikel zu der Übergabe des Förderbescheides für die Gesamtschule Niederwalgern, wonach das Land Fördermittel für die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden vorsehe. Bürgermeister Eidam antwortete hierzu, dass die Gemeinde Weimar lediglich aus dem Landesprogramm den Betrag von 191.000,00 € erhalte und keine Mittel aus dem Bundesprogramm.

## 7. Anfragen

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

Mündliche Anfragen

- a) Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) sprach das Thema „Baugebiet Roter Weg II“ an. Es habe eine Unterschriftenliste gegeben, wonach sich die Anlieger der Schützenstraße dagegen aussprachen, dass dieser zweite Bauabschnitt des Baugebietes Roter Weg über die Schützenstraße und Nebenstraßen erschlossen werden solle. Nun solle, laut Auskunft des Bürgermeisters, so Herr Ahrens, der obere Teil des Gebietes nicht umgesetzt werden können, da das Regierungspräsidium Einwendungen erhoben habe. Seine Frage sei, ob das Schreiben des RP den Fraktionen zugänglich gemacht werden könne um zu klären, welcher Art die Einwendungen des RP seien. Darüber hinaus habe er im Bauausschuss darum gebeten, aufgrund des neuen Sachstandes eine aktuelle Planskizze zu erhalten, aus der die veränderten Planungen und die veränderte Zuwegung hervorgehen. Sein Vorschlag sei, dass die vorgesehene Baustraße bereits so hergerichtet werde, dass sie als Zuwegung genutzt werden könne.  
Bürgermeister Eidam antwortete, dass eine reine Entwurfsplanung vorliege, die auch ausgelegt wurde. Daraufhin sei die Unterschriftensammlung mit den Befürchtungen der Anlieger von Schützenstraße und umliegenden Straßen der Gemeinde vorgelegt worden. Inzwischen seien sowohl Gespräche mit dem RP als auch mit dem Planer und der HLG geführt worden. Sobald das abschließende Schreiben des RP vorliege, werde er diejenigen informieren.
- b) Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) griff das Thema „Begegnungscafé im Bahnhof Niederwalgern“ auf und die Informationen, dass eine Vielzahl von Helfern dort Begegnungsräume für die Flüchtlinge eingerichtet hätten. Seine Überlegung sei, ob der Bahnhof nicht entwidmet werden könne. Ob die Gemeinde ihn eventuell erwerben könne? Ob es vielleicht Investoren gebe, sodass das Gebäude erhalten und einer neuen Nutzung zugeführt werden könne?  
Bürgermeister Eidam antwortete, dass die Gemeinde bereits seit Jahrzehnten mit der Bahn im Gespräch über einen möglichen Erwerb des Bahnhofsgebäudes in Verbindung stehe. Bisher habe es ein Kaufangebot



von Seiten der Bahn jedoch noch nicht gegeben. Derzeit stehe die Gemeinde diesbezüglich in Kontakt mit der Deutschen Bahn.

- c) Herr Koch (SPD) führte aus, dass der Bahnhof nur noch „lebe“, da er ein Haltepunkt sei. Für ihn sei das größere Problem und die Frage, ob er denn überhaupt bestehen bleibe und ob das Thema „Untertunnelung“ noch immer aktuell sei.  
Bürgermeister Eidam antwortete, dass ihm hierüber keine Informationen vorlägen.
- d) Herr Kaletsch (SPD) bezog sich auf das Thema „Ausbau der Obergasse Oberweimar“, die in 2015 bereits ausgebaut werden sollte. Da dies noch nicht geschehen sei, möchte er wissen, ob dies für das Jahr 2016 geplant sei.  
Bürgermeister Eidam erklärte, dass die Obergasse in diesem Jahr ausgebaut werden solle. Grund für die Zurückstellung war, dass Hessen Mobil die Ortsdurchfahrt in Oberweimar im vergangenen Jahr erneuern wollte, sodass man die Maßnahme Obergasse zunächst zurückgestellt habe.
- e) Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) nahm Bezug auf die Position im Haushalt 2016 „Treppenanlage Bahnhof Haltepunkt Niederweimar“ und bat hier um weitere Informationen.  
Bürgermeister Eidam erklärte, dass die Gemeinde bereits seit längerer Zeit in dieser Angelegenheit mit der Bahn verhandle. Es gehe um die Zuwegung auf der Streckenseite Marburg – Fronhausen. Die zu errichtende Treppenanlage werde von der Bahn finanziell gefördert. Es gehe um eine Entschärfung der Situation am Bahnhof, da viele Passanten, die aus Richtung Marburg ankommen und den direkten Weg über die Gleise nehmen. ??? Die Treppenanlage soll in Absprache mit der Bahn direkt rechts hoch zur Straße mit einer Unterbrechung der Leitplanke führen. Mit Hessen Mobil sei dies bereits abgesprochen.
- f) Herr Kaletsch (SPD) sprach noch einmal die Erneuerung der Ortsdurchfahrt Oberweimar an. Es seien noch Restarbeiten und die Beseitigung verschiedener Mängel vorzunehmen. Wann solle dies erfolgen?  
Bürgermeister Eidam erklärte, dass Hessen Mobil die Abstellung der Mängel und die Restarbeiten bekannt seien. Abgesprochen sei, die Arbeiten entsprechend der Wetterlage (Markierungsarbeiten) durchzuführen. Ein Abstimmungsgespräch mit allen Beteiligten solle vorab vor Ort erfolgen.
- g) Herr Nowak (Bündnis 90/Die Grünen) fragte, ob die Gemeinde die Fläche des alten Kieswerkes Niederweimar kaufen wolle.  
Bürgermeister Eidam antwortete, dass diese Anfrage etwas verfrüht sei. Vermutlich werde in diesem Jahr die Fläche aus dem Bergrecht entlassen und die Gemeinde müsse alles Weitere mit der Fa. Holcim besprechen.

## 8. Verschiedenes

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gab die Termine für die nächste Sitzungsrunde bekannt:

Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport

22.02.2016

Ausschuss für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz	23.02.2016
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	24.02.2016
Gemeindevertretung	03.03.2016

Ende der Sitzung 22:20 Uhr

Kurt Barth  
Vorsitzender

Rita Rohrbach  
Schriftführerin